

Beschluss (vorläufig)

## **Wir stehen ein für Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte**

Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung auf eine globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft der Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft. In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen positiven Entwicklungen weltweit. Wir werden Länder partnerschaftlich dabei unterstützen Menschenrechte zu schützen, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen zu stärken, sich nachhaltig zu entwickeln und den Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen. Leitbild unseres außenpolitischen Engagements sind die Menschenrechte. Deutschland und die EU müssen mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen, gerechten und kooperativen Weltordnung übernehmen. Deutschland muss selbst alle menschenrechtlichen Abkommen vorbehaltlos ratifizieren und umsetzen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft, Solidarität und Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen Weg wollen wir Grünen entschlossen weitergehen.

Im Zentrum unserer Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik steht eine Stärkung des internationalen Rechts, der multilateralen Zusammenarbeit und der zivilen Krisenprävention, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, EU und OSZE. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten. Die NATO ist ein wichtiges transatlantisches Bindeglied und spielt für die gemeinsame Sicherheit in Europa eine wichtige Rolle. Wir wollen sie so transformieren, dass sie auch mit Dritten verstärkt zu kooperativer Sicherheit beitragen kann. Deshalb setzen wir auch auf den Dialog im NATO-Russland-Rat. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten. Den Rahmen für unsere Politik der globalen Verantwortung bilden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Sie nehmen auch Deutschland und andere Industrieländer in die Pflicht, gesamtpolitisch umzusteuern, denn eine nachhaltige Entwicklung und der Einsatz für Frieden fangen zu Hause an. Wir kämpfen für eine global nachhaltige Entwicklung, für soziale Gerechtigkeit und für demokratische Teilhabe. Dazu gehört die Eindämmung von Geldwäsche und Korruption.

Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Durchsetzung und Wahrung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte von Frauen.

### **Menschenrechte, Krisenprävention und die Entwicklung in den Mittelpunkt**

In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nur grenzüberschreitend gelöst werden können. Frie-

den, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen Ländern diese Werte mit Füßen treten. Sie dürfen nicht als unsere „Verbündeten“ betrachtet und politisch und militärisch gestützt werden. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile bittere Realität. Menschenrechtsverteidiger\*innen müssen weltweit besser geschützt werden und müssen Thema der bilateralen Regierungsverhandlungen sein. Wir wollen Menschenrechtsreferent\*innen in allen deutschen Botschaften. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.

Wir wollen die strukturellen Gründe für Ungleichheit, für Armut und Hunger, für Klima- und Ressourcenkrise und für gewaltsame Konflikte angehen. Wichtig dafür sind Politikreformen in Deutschland und anderen Industriestaaten im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, die Schaffung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen in Partnerländern und ein Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit. Unsere Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik darf nicht länger Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren. Deshalb wollen wir einen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte schaffen, der das Regierungshandeln mit Blick auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele prüft und Anpassungen empfiehlt. Wir werden verstärkt die Zivilgesellschaft fördern und auch den Privatsektor nach verbindlichen menschenrechtlichen und sozial-ökologische Kriterien einbeziehen. Eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Öffentlich-Privaten Partnerschaften dürfen nicht zu neuen Schuldenkrisen führen und müssen dem Gemeinwohl und einer nachhaltigen Entwicklung dienen.

Mit unserer internationalen Zusammenarbeit wollen wir rechtsstaatliche Strukturen stärken, soziale Sicherungs- und Gesundheitssysteme ausbauen, Ernährungssouveränität herstellen, Klimaschutz fördern, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen durchsetzen und den Zugang zu Bildung voranbringen. Dafür reformieren wir die Instrumente unserer internationalen Zusammenarbeit für mehr Effizienz und Wirksamkeit. Vereinbarungen mit Partnerländern gründen wir auf beidseitige Verpflichtungen - etwa bei der Steuerkooperation und klugen Kapitalverkehrskontrollen. Wir setzen uns für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen und für eine Finanztransaktionssteuer ein, deren Erlös in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden sollen.

Die Kopplung von Entwicklungshilfe an Rückübernahmeabkommen ist keine Grundlage für eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Wir treten auch im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\*, inter\* und queeren (LSBTIQ\*) Menschen ein. 2007 wurden in Yogyakarta Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität verabschiedet. Diese wollen wir im Rahmen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik weiter fördern und umsetzen.

Das inzwischen fast 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die weltweite Entwicklung bereitzustellen, lösen wir endlich ein, ohne Kosten für Geflüchtete in Deutschland anzurechnen. Wir stehen für eine verlässliche Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik spielt eine wichtige Rolle. Wir wollen deshalb die Arbeit der Goethe-Institute, der Deutschen

Welle, der politischen Stiftungen, des DAAD und anderer Akteure für den Dialog der Kulturen stärken.

Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt, und wenn dann häufig erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir setzen uns für ein humanitäres Versprechen der internationalen Gemeinschaft ein, um flächendeckende Hungersnot und schlimmste Katastrophen rechtzeitig zu verhindern. Wir verteidigen das humanitäre Völkerrecht. Mit uns wird die Bundesregierung eine humanitäre Führungsrolle einnehmen und ihren Anteil am aktuellen Bedarf zu jedem Jahresanfang finanzieren. Mit der Schaffung eines Instituts für humanitäre Angelegenheiten wollen wir Deutschland in die Lage versetzen, die humanitäre Hilfe wirksamer zu machen.

Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU auch eine Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren.

Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand des Staates Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum Wohle aller seiner Bewohner\*innen sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben. Wir wenden uns gegen Terror. Wir lehnen illegalen Siedlungsbau ab. Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem Existenzrecht und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Zugleich setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer Menschenrechte in ihrem eigenen, demokratischen Staat zu leben. Wir sind für die demokratische Stärkung des palästinensischen Staates, die Anerkennung durch Europa und die Aufnahme in die VN.

Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel zusammenarbeiten, die sich gegen eine Fortdauer der Besatzung und für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

### **Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen**

Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft diese, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch die Militärdiktatur in Ägypten und den sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Besonders viele Opfer fordert der Einsatz von Kleinwaffen. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft in der Abwägungsentscheidung der Bundesregierung das Interesse an Krisenprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit einem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an strenge Kriterien geknüpft und massiv begrenzt wird. Der Endverbleib muss gesichert sein. Der Export in Staaten außerhalb der EU, der NATO und an NATO-gleichgestellte Länder darf nur in ganz wenigen und zu begründenden Fällen und nur im Rahmen der VN-Charta, erfolgen. Rüstungsverkäufe in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, müssen endlich ausnahmslos gesetzlich verboten werden. Die Rüstungsexportkontrolle muss vom Wirtschaftsministerium ans Auswärtige Amt übertragen und durch umfassende parlamentarische Kontrolle reguliert werden. In besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Auf EU-Ebene kämpfen wir für eine restriktive und parlamentarisch kontrollierte Rüstungsexportpolitik. Wir wenden uns gegen die weitere Erosion

bestehender Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen. Wir wollen die Vertrauensbildung, Abrüstung und Rüstungskontrolle wiederbeleben und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen.

Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir werden weiter für die vollkommene atomare Abrüstung kämpfen. Wir GRÜNEN fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen "nuklearen Teilhabe". Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU.

Wir setzen uns auch für eine internationale Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr. Wir fordern einen internationalen Verhaltenskodex zur Cybersicherheit, der u.a. eine Selbstverpflichtung enthält, zivile (Netz)-Infrastruktur nicht zum Ziel oder Instrument militärischer Angriffe zu machen. Wir wollen nicht, dass die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.

### **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren**

Wir GRÜNE setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie regionaler Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.

Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Deswegen sind zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen Außenpolitik. Daher wollen wir eine konsequente Friedenserziehung fördern.

Wir setzen uns dafür ein, die zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken. Dazu fordern wir ein strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen, das von einem Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte überprüft wird. Wir wollen die Verbesserung von Frühwarnungs-, politischen Analyse- und Mediationskapazitäten. Die Arbeitsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wollen wir stärken und das Kapital der Deutschen Stiftung Friedensforschung erhöhen. Notwendig ist auch der planmäßige Ausbau schnell verfügbarer Polizei-, Rechtsstaats- und Verwaltungsexpert\*innen. Der Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung, muss finanziell unterfüttert und wirkungsorientiert ausgerichtet werden. Wir wollen, dass Deutschland Mitglied im Europäischen Friedensinstitut wird und bei den Vereinten Nationen und in der EU einen Freundeskreis für Krisenprävention initiiert. Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der EU und der OSZE leisten weltweit einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung. Wir wollen die deutschen zivilen und militärischen Beiträge in diesen Missionen erhöhen.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel gerechtfertigt sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in

der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. An erster Stelle muss immer die Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir Grüne stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für den Primat des Zivilen. Wir machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche Mandate kritisch und sorgfältig. Für uns gilt die VN-Charta. Wir werden Einsätze der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein, d.h. nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen sondern im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der NATO stattfinden. Es bedarf eines präzisen und umfassenden Mandates durch den Bundestag und einer sorgfältigen Abwägung der Gefahren, Chancen und Risiken. Ein militärischer Einsatz der Bundeswehr muss in eine umfassende zivile Gesamtstrategie und in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen Staates eingebettet sein.

Um strategische oder politische Fehler, wie beim Afghanistan-Einsatz, zu vermeiden, müssen komplexe internationale Friedenseinsätze permanent auf ihre Ziele, Wirksamkeit und Mittel hin überprüft und angepasst werden. Deshalb fordern wir klare Prüfkriterien für Auslandseinsätze und eine unabhängige Evaluierung.

Unrecht muss aufgearbeitet werden, deshalb unterstützen wir Anstrengungen zur Aussöhnung und die Arbeit des internationalen Strafgerichtshofs. Die Kapazitäten deutscher Behörden, Kriegsverbrechen nach dem Weltrechtsprinzip konsequent zu verfolgen, sollen gestärkt werden.

Eine Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen droht das Völkerrecht und die VN zu schwächen und muss überwunden werden. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger werden. Im Falle einer anhaltenden Blockade des VN-Sicherheitsrats sollte die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedenserzwingende Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert.

Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell stärken und unterstützen. Die Unterstützung der Ziele und Missionen der Vereinten Nationen ist eine wichtige Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr muss VN-fähiger und europatauglicher werden. Für diese Herausforderungen muss die Bundeswehr gut ausgestattet sein. Dafür braucht es aber keine Erhöhung des Verteidigungsetats, sondern klare sicherheitspolitische Prioritäten, mehr europäische Zusammenarbeit und ein Ende der ineffizienten Beschaffungspolitik der letzten Jahre. Es muss endlich Schluss damit sein, dass mit industriepolitisch motivierten Prestigerüstungsprojekten und Wahlkreiswünschen einzelner Abgeordneter Steuergelder verbrannt werden.

Es hat sich bewährt, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Wir lehnen alle Pläne zur Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes ab und wollen die Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Bundestages ausbauen. Wir wollen die innere Führung und den Aufklärungswillen bei Missständen in der Bundeswehr stärken und setzen auf mehr staatsbürgerliche und politische Bildung. Es ist uns wichtig, dass die Soldat\*innen gute Rahmenbedingungen haben: eine angemessene Entlohnung, Führungskultur und Personalmanagement, Vereinbarkeit von Familie und Dienst sowie eine Für- und Nachsorge, die den schwierigen Anforderungen der Einsätze gerecht werden. Die Anwerbung von minderjährigen Rekrut\*innen lehnen wir ab. An der Vision, den VN unter Beachtung der Parlamentsbeteiligung eigene ständige Truppen zu unterstellen halten wir fest.

### **Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

---

### **0,7 Prozent für globale Entwicklung statt zwei Prozent für Aufrüstung**

Wir lehnen eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung klar ab. Stattdessen wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir bis 2021 das Ziel erreichen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz jährlich um 2 Mrd. Euro erhöhen und auch danach die Klimagelder weiter anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus. Dies ist auch ein Beitrag zur zivilen Krisenprävention und langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung. Der Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und einen wirksamen Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen.

---

### **Für ein Rüstungsexportgesetz – keine Waffen in Krisenregionen**

Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In vorher klar definierten, besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir darum, eine EU-weite gemeinsame Rüstungsexportkontrolle deutlich restriktiver zu gestalten.

---

### **Für starke Vereinte Nationen - internationaler Schutzverantwortung gerecht werden**

Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist. Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Deswegen möchten wir Deutschland und die EU zu Vorreiter\*innen für die zivile Krisenprävention machen - konzeptionell, finanziell und strukturell. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger\*innen vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder ethnischer Säuberung zu schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch wirklich wahrnehmen zu können. Wir wollen Reformen in den Strukturen der Vereinten Nationen anstoßen und sie besser ausstatten, personell und materiell.